

Gemeinde Mainhausen, Freitag, 1. November 2013

Asylbewerber werden ab 2014 Kommunen zugewiesen

Der Kreis Offenbach muss in diesem Jahr noch mit der Zuweisung von mehr als 200 Asylbewerbern rechnen und für diese fehlen Unterkünfte. Derzeit sind 356 Menschen aus Krisengebieten in acht Einrichtungen verteilt auf das Kreisgebiet untergebracht, weitere 34 leben in Hotels und Pensionen. „Damit ist die vorhandene Kapazität erschöpft“, erklärt der Kreisbeigeordnete Carsten Müller, „und weder die Suche nach einem Investor war erfolgreich, weil geeignete Gebäude und Freiflächen fehlen, noch konnte wie geplant ein Maklervertrag abgeschlossen werden, vermutlich mangels Erfolgsaussichten.“

Nun bleiben dem Kreis nur noch zwei Optionen. „Kurzfristig wäre es möglich für die etwa 10 Asylbewerber, mit der wir pro Woche rechnen, Notunterkünfte über den Katastrophenschutz zur Verfügung zu stellen“, führt der Sozialdezernent aus, „aber das ist mit Blick auf mehr als 500 Neuankömmlinge im Jahr 2014 nur eine provisorische Lösung. Also müssen wir die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in die Pflicht nehmen und zwar besonders diejenigen, die derzeit noch keine Gemeinschaftsunterkunft vorhalten. Nachdem alle Appelle im Laufe des Jahres ungehört verhallt sind, werden wir ab dem 1. Januar 2014 Asylbewerber, die schon länger in unseren Gemeinschaftsunterkünften verweilen, den Kommunen zuweisen, damit diese sich um die Unterbringung kümmern. Dieses Prozedere ist rechtens und wird in anderen Kreisen schon lange selbstverständlich praktiziert. Über das genaue Verfahren werden wir die Bürgermeister kurzfristig informieren. Für uns gibt es keine andere Alternative.“

„Von dieser Entscheidung des Kreisausschusses wird auch die Gemeinde Mainhausen betroffen sein“, stellt Bürgermeisterin Disser fest und betont, dass heute noch nicht klar ist, in welcher Form und was genau getan werden muss. Im Weiteren stellt die Verwaltungschefin fest, dass die Appelle an Mainhausen nicht „ungehört verhallt sind“, sondern hier wurde, auf Antrag des Eigentümers, eine Unterbringungsmöglichkeit für rund 20 Personen geschaffen.